Nr. 25/2016



der Sozialen Liste Bochum

Zweite Erhöhung:

Sozialticket?



Wolfgang Schumacher

Im Gegensatz zur Sozialen Liste und vielen anderen, die ein Sozialticket fordern, welches seinen Namen auch verdient, erhöht der VRR die Kosten für das Sozialticket in diesem Jahr zum zweiten Mal.

Der Regelsatz für Verkehr im Hartz IV-Bezug beträgt derzeit 25,45 Euro. Nach der nochmaligen Erhöhung kostet das Sozialticket nunmehr 34,75 Euro. Das sind fast 10 % des zur Verfügung stehenden Einkommens eines Arbeitslosengeld II-Beziehers. Für viele Einkommensschwache wird die geforderte Mobilität somit fast unmöglich.

Die Soziale Liste Bochum setzt sich langfristig für die Einführung eines kostenlosen Tickets ein, um Menschen mit geringem Einkommen am gesellschaftlichen Leben uneingeschränkt teilnehmen zu lassen. (WoSchu)

Reaktivierung:

Deponie Kornharpen

Die 2009 stillgelegte Deponie Kornharpen soll nach Plänen des USB möglicherweise als Bauschuttdeponie reaktiviert werden. Entsprechende Planungen wurden vor wenigen Tagen bekannt.

Deutschland am Ende:

16 EU-Staaten erhöhen Mindestlohn

16 von 22 EU-Staaten mit Mindestlohn haben diesen zu Jahresbeginn angehoben, Deutschland nicht! Die Erhöhungen haben durchschnittlich fast 5 % betragen.

Auch real haben die Mindestlöhne in den meisten EU-Ländern zugelegt, denn die Inflation sei gering. Der deutsche Mindestlohn von 8,50 Euro in der Stunde liegt dabei unter den Gehaltsuntergrenzen in den übrigen westeuropäischen Staaten. Dort gilt eine Minimalvergütung von mindestens neun Euro. In Frankreich beträgt der Mindestlohn demnach 9,67 Euro in der Stunde, in den Niederlanden sind es 9,36 Euro, in Irland 9,15 Euro und in Belgien 9,10 Euro. Auch in Großbritannien werden die Beschäftigten besser bezahlt, umgerechnet erhalten sie pro Stunde mindestens 9,23 Euro.

Schreiben Sie uns:
info@soziale-liste-bochum.de

Soziale Liste fordert neue Gesamtschulen:

Elternwille wird seit über 10 Jahren missachtet

Nicht hinnehmbar ist die Absage der Anfrage von 150 Kindern und ihren Eltern ab dem Schuljahr 2016/17 von der Grundschule auf eine Gesamtschule zu wechseln. Die Soziale Liste im Rat setzt sich daher für die Einrichtung von drei (3) weiteren Gesamtschulen ein und diese in die künftige Schulentwicklungsplanung aufzunehmen. Unabhängig davon soll mit der Einrichtung einer Gesamtschule sofort begonnen werden. Hier ist auch der Trend zum Bevölkerungswachstum und zur Zuwanderung zu berücksichtigen.

Aus Sicht der Sozialen Liste ist es skandalös, dass die Stadt Bochum seit über 10 Jahren den Elternwunsch nach weiteren Gesamtschulplätzen ignoriert. Bereits im Jahr 2005 hat die Verwaltung auf Anfrage der Sozialen Liste zugegeben, dass „145 Schülerinnen und Schüler nicht auf eine der vier städtischen Schulen aufgenommen werden konnten“. Auch in den Folgejahren gab es immer eine hohe Anzahl von Absagen.

Helgard Althoff, Vorsitzende der Sozialen Liste, erläutert: „Schul- und Bildungspolitik muss die Möglichkeit schaffen, dass Kinder bis zum gewünschten Abschluss gemeinsam lernen. Nur so kann allen Kindern, auch denen aus einkommensschwachen Familien, Chancengleichheit geboten werden. Für Bochum ist daher die Errichtung von weiteren Gesamtschulen erforderlich.“

Diese Notwendigkeit ergibt sich auch aus allen PISA- und sonstigen Studien zum Thema Schul- und Bildungspolitik der letzten Jahre. Die Soziale Liste sieht daher für die Stadt Bochum einen großen Handlungsbedarf!



Helgard Althoff

„Vision Innenstadt 2030”:

Abriss des BVZ geplant

Für Aufregung unter den Ratsparteien hat die Mitteilung des Oberbürgermeisters gesorgt, dass das „Bildungs- und Verwaltungszentrum (BVZ)” hinter dem Rathaus abgerissen und dort eine „attraktive Wohnbebauung” erfolgen soll. Stattdessen will sich die Stadt als Großmieter an dem Projekt „Viktoriaquartier” beteiligen.

Mit den Plänen soll ganz offensichtlich das „Einzelhandel- und Dienstleistungscenter Stadtquartier Viktoriastraße”, das 2013 beschlossen worden war und in der Bevölkerung sowie bei Gewerbetreibenden und Kaufleuten umstritten ist, gerettet werden. Die hochtrabenden Pläne laufen unter dem Titel „Vision Innenstadt 2030”.

Die Soziale Liste wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu beitragen, das die Pläne, deren Sinn/Unsinn und deren Finanzierung in einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht und diskutiert werden.



Die Soziale Liste fordert:

Bezahlbare Wohnungen schaffen!

Die Versäumnisse in der Wohnungspolitik werden in der letzten Zeit verstärkt in der Öffentlichkeit diskutiert. Diese Diskussion muss sich auch in dem Handlungskonzept Wohnen in Bochum widerspiegeln, das zur Zeit im Rat diskutiert wird. Insbesondere soll die Schaffung von „mehr bezahlbarem Wohnraum”, wie es der Deutsche Städtetag aktuell fordert, im Fokus stehen.

Die Stadt Bochum ist vor dem Hintergrund des jüngsten Bevölkerungszuwachses und des Zuzuges von Flüchtlingen, die menschenwürdige Wohnungen brauchen, zum Eingreifen in den Wohnungsmarkt aufgerufen, fordert die Soziale Liste. Zudem muss auch verhindert werden, dass der Nachholbedarf im sozialen Wohnungsbau von Investoren genutzt wird, hohe Profite aus der Wohnungsnot zu schlagen.

Da die „Wohnungswirtschaft”, auch die VBW, wenig Interesse am sozialen Wohnungsbau zeigen, sieht die Soziale Liste außerdem die Notwendigkeit eines höheren Engagements der Stadt Bochum in dieser Frage. Die Schaffung einer Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum, wie sie in Köln und Münster erfolgte, ist auch für Bochum unbedingt notwendig.

Weitere Informationen zum Thema Wohnungspolitik auf Seite 2 und 3

Größte Demo seit Rheinhausen:

Stahlindustrie erhalten!

Über 20.000 Stahlarbeiter haben am 11. April in Duisburg für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstriert. Duisburg erlebte die größte Stahlarbeiter-Demo seit der umstrittenen Schließung des Werks in Rheinhausen vor rund 30 Jahren.

Wieder ging es um die Zukunft tausender Arbeitsplätze. „Geht der europäische Stahl den Bach runter, dann sind Millionen von Arbeitsplätzen in Europa in Gefahr”, sagte IG Metall-Chef Jörg Hofmann. Mit 25 Bussen fuhren auch mehre hundert Bochumer Stahlarbeiter nach Duisburg und ließen die Produktion bei ThyssenKrupp in Bochum ruhen. Die Stahlindustrie in Bochum hat noch über 2.000 Beschäftigte.

Musikforum:

Höhere Folge- und Betriebskosten

Neben der drastischen Erhöhung der Herstellungskosten ist auch ein Anstieg bei den Folge- und Betriebskosten für das Musikforum zu erwarten. Das jedenfalls geht aus dem Nutzungskonzept, das dem Rat vorgelegt wurde, hervor.

Darin wird mit Betriebskosten des Musikforums, allein für die konzeptionelle Basisnutzung durch die Bochumer Symphoniker und die Musikschule, von mindestens jährlich rund 650.000 Euro gerechnet. Die Soziale Liste kritisiert, dass auch „eine Anpassung der Ticketpreise an marktübliche Größenordnungen” geplant ist.

Damit ist der Anspruch, möglichst vielen Menschen die Teilnahme am kulturellen Leben (hier Konzertbesuch der Bochumer Symphoniker) in unserer Stadt zu ermöglichen, in weite Ferne gerückt.

Jetzt erhältlich:

Ferienpässe

Einen kostenlosen Ferienpass gibt es auch in diesem Jahr für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende), dem SGB XII (Sozialhilfe), dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, sowie aus Familien, die Wohngeld oder einen Kinderzuschlag beziehen oder den Vergünstigungsausweis der Stadt Bochum besitzen. Für die Kinder ist mit dem Ferienpass im Sommer u. a. der kostenlose Besuch in Schwimmbädern möglich. Ab sofort ist der Ferienpass im Zimmer 14 des Beratungs- und Servicecenters in der Junggesellenstraße 8 erhältlich.

Negative Baumbilanz

Stadt will über 500 Bäume fällen

Einen Besorgnis erregenden Verlust von 524 Bäumen durch Fällungen kündigt die Stadt Bochum an.

Aus Gründen der „Verkehrssicherheit" will die Stadt in den nächsten Wochen 524 Bäume im gesamten Stadtgebiet fällen. In dieser Zahl sind weitere Fällungen von „erkrankten Bäumen" wie z. B. an der Marienstraße in Wattenscheid nicht enthalten. Das Ausmaß der Baumfällungen droht nach der Überprüfung von weiteren 1.500 Bäumen „allein im Straßenbegleitgrün" nochmals drastisch zu steigen.

Die Soziale Liste sieht diese hohe Anzahl an Baumfällungen kritisch und fragt, ob genug getan wird um Bäume zu erhalten. „Vor allem erfolgen viel zu wenig Ersatz- und Neupflanzungen", sagt Helgard Althoff, Vorsitzende der Sozialen Liste. Ein Beispiel hierfür sind seit langem die leeren Baumscheiben auf dem Husemannplatz und an anderen Stellen im Stadtgebiet.

„Wir sehen in der außerordentlich negativen Baumbilanz einen deutlichen Verlust von Natur und Lebensqualität in der Stadt. Bochums guter Ruf als grüne Stadt nimmt weiteren Schaden", sagt Günter Gleising, Ratssprecher der Sozialen Liste. Die Soziale Liste Bochum tritt seit Jahren vehement für den Erhalt des Grüns, der Wald- und Freiflächen, sowie der Flächen mit landwirtschaftlicher Nutzung ein.

Flüssesiedlung Grumme:

VBW manipuliert Mietspiegel

Zahlreiche Mieter*innen in der „Flüssesiedlung" der VBW Bauen und Wohnen GmbH in Grumme sind über Mieterhöhungen empört. Einige von ihnen haben sich deshalb an die Soziale Liste gewandt. Die VBW hat die Grundmiete mit der Begründung, dass sich die Siedlung in einer „gefragten Wohngegend" befindet erhöht und den Höchstwert des Bochumer Mietspiegels für die Neuberechnung der Miete angesetzt.

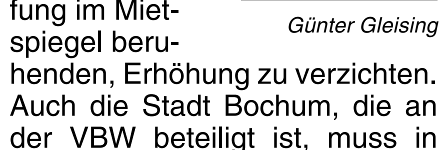
Allerdings liegt das genannte Wohngebiet lt. Mietspiegel nicht in der Obersten Klasse der gefragtesten Wohngegenden. Dies sind in Bochum lediglich Weitmar-Mark, Höntrop, Altenbochum und Ehrenfeld. Daher hält neben den Mietern auch der Mieterverein die Erhöhungen nicht für gerechtfertigt.

Die VBW führt als Begründung für ihre Umstellung an, dass es sich um ein „Quartier mit aufgelockerter Bebauung und sehr guter infrastruktureller Lage" handelt. Das „öffentliche Verkehrsnetz, wie die A40 sowie die A43, sind in wenigen Autominuten erreichbar". Außerdem befinden sich „alle Geschäfte des täglichen Bedarfs in unmittelbarer Nähe". Aus Sicht der Sozialen Liste ist diese Beschreibung mehr als geschönt. Denn weder lassen sich der tägliche Bedarf an Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen in, oder in der Nähe der Flüsssesiedlung einkaufen, noch ist eine ärztliche Versorgung möglich. Immer muss mit dem Bus zur Castroper Straße oder in die Innenstadt gefahren werden.

Doch offensichtlich ist sich die VBW in der Bewertung ihres Wohngebietes selbst nicht sicher. Im Dezember 2015 startete sie zusammen mit der eBZ – BUSINESS SCHOOL eine Haushaltsbefragung der „sehr geehrten Bewohnerinnen der Flüssesiedlung" mit 40 umfangreichen Fragen zur Wohngegend, Infrastruktur und Wohnsituation.



Günter Gleising



Die Soziale Liste fordert von der VBW, auf die ungerechtfertigte und auf der eigenmächtigen Höherstufung im Mietspiegel beruhenden, Erhöhung zu verzichten. Auch die Stadt Bochum, die an der VBW beteiligt ist, muss in dieser Sache tätig werden.

Weiteren Ärger gibt es in einem anderen Bereich der Siedlung. Hier werden die Häuser wärmeisoliert und die VBW hat Mieterhöhungen bis zu 100 Euro angekündigt. Manche Mieter*innen fragen sich, wie sie diese Erhöhung aufbringen sollen.

Vonovia:

Neue Runde der Spekulation erwartet

Auch wenn der aktuelle Versuch einer feindlichen Übernahme des Immobilienkonzerns Deutsche Wohnen durch den Bochumer Konzern Vonovia vorerst gescheitert ist, wird der Übernahmekampf nach Ansicht der Sozialen Liste weiter gehen.

Zum Hintergrund:
Die Aktionäre der Deutschen Wohnen haben mehrheitlich das derzeitige Vonovia-Angebot nicht aus sozialen Gründen den Mieter*innen gegenüber abgelehnt, sondern weil sie ein höheres Angebot für den Verkauf ihrer Aktien erwarten.

Damit geht die Spekulation unter den Wohnungskonzernen in eine neue Runde. Die Konzentration der Immobilienkonzerne geht schon seit Jahren zu Lasten der Mieterinnen und Mieter. Dem ausgeprägten Gewinnstreben hat Vonovia schon immer die Forderungen nach Bereitstellung von bezahlbaren Mietwohnungen und den sozialen Wohnungsbau untergeordnet.

Günter Gleising, auf der Bochumer Montagsdemo

Jetzt bezahlbare Wohnungen schaffen!

Auf Einladung der Bochumer Montagsdemo sprach Günter Gleising, Ratssprecher der Sozialen Liste, auf der Veranstaltung am 29. Februar auf dem Husemannplatz und führte aus:

„In der Wohnungspolitik sieht die Soziale Liste einen besonderen Schwerpunkt zur weiteren, auf die Zukunft gerichteten, Entwicklung der Stadt. Dies muss sich auch in den Zielsetzungen zum Handlungskonzept Wohnen in Bochum wiederspiegeln, die z. Z. im Rat diskutiert werden.

Ausgangspunkt dabei muss die Sozialstruktur in Bochum sein.

Dazu 3 Punkte:

- In Bochum steigt die Anzahl der von Armut betroffenen Menschen. Laut jüngstem Armutsbericht ist die Armutsquote in fünf Jahren von 16,5 % auf 18,7 % der Bevölkerung gestiegen.
- Das Einkommen der Bochumer sinkt ebenfalls (Entlassungen und Schließung von Nokia). Der Index für die Kaufkraft liegt in Bochum 15 % unter dem NRW-Landesdurchschnitt.
- Der Bestand von Sozialwohnungen betrug 2004 noch 26.000 Wohnungen, im Jahr 2017 werden es nur noch 11.000 sein.

Vor diesem Hintergrund muss die Wohnungspolitik in Bochum entwickelt werden. Insbesondere müsse die Schaffung von „mehr bezahlbarem Wohnraum", wie es z. B. Mietervereine und auch der Deutsche Städtetag aktuell fordern, ein wesentlicher Zielpunkt werden. Deshalb ist die öffentliche Hand zum Eingreifen in den Wohnungsmarkt aufgerufen. Dies auch besonders vor dem Hintergrund des Zuzugs von Flüchtlingen, die menschenwürdige Wohnungen brauchen.

Und! - Es muss auch verhindert werden, dass der Nachholbedarf im sozialen Wohnungsbau von Investoren genutzt werden können, um hohe Profite aus der Wohnungsnot zu schlagen.

Die Soziale Liste Bochum fordert deshalb:

- ☺ Eine Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum!
- ☺ Die Gründung einer städtischen Wohnungsbau-Genossenschaft.
- ☺ Außerdem sollen städt. Grundstücke für den Wohnungsbau nur noch bei einer 25%igen Quote für den sozialen Wohnungsbau abgegeben werden.

Wir sehen in der Wohnungspolitik einen Schwerpunkt der Arbeit der Sozialen Liste und werden in den nächsten Wochen auch Aktionen hierzu starten. Es wäre schön, wenn wir dabei eure Unterstützung finden würden."

„Rechtsvereinfachungen"

Weitere Entrechtung für Hartz IV-Empfänger*innen

Hartz IV-Empfänger*innen sollen durch eine Rechtsvereinfachung genannte Gesetzesänderung (9. SGB II-ÄndG) weiter eingeschränkt werden.

Die geplanten „Rechtsvereinfachungen" hebeln sogar die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aus wie unser Beispiel der Mietkosten zeigt.

Die Jobcenter können eine Gesamtmiete nach eigenem Ermessen als angemessene Kosten der Unterkunft festsetzen. Diese geplante Regelung verstößt gegen die jetzige Rechtsprechung (BSG 02.07.2009 - B 14 AS 36/08 R), nach der eine Bruttowarmmiete als Grundlage für die Angemessenheit der Unterkunftskosten nicht zulässig ist. Neben der angemessenen Kaltmiete nach der Wohnungsgröße und dem örtlichen Mietspiegel (unterstes Mietpreisniveau) richten sich zukünftig auch Heizkosten nach der Angemessenheit. Dafür ist der bundesweite Heizkostenspiegel maßgebend, obwohl selbst vom Herausgeber darauf hingewiesen wird, dass dieser Heizkostenspiegel keine Abrechnungsgrundlage für Heizkosten der Transferbezieher*innen ist. Vielmehr ist er als Handlungshilfe für Eigentümer*innen gedacht, energetische Modernisierungen am Gebäude durchzuführen. Übersteigen die tatsächlichen Heizkosten der Transferbezieher*innen die Werte nach dem bundesweiten Heizkostenspiegel, muss das Job-Center bzw. Sozialamt den Grund ermitteln, z.B. fehlende Wärmedämmung oder unwirtschaftliches Heizen. Um Kosten beim ALG II oder der Sozialhilfe zu sparen, ist damit zu rechnen, dass die Schuld bei der/dem Leistungsbezieher*in gesucht wird. Daraus folgt, dass die den Heizkostenspiegel übersteigenden Kosten nicht mehr vom JobCenter bzw. dem Sozialamt übernommen werden. Bisher wird die Höhe der Heizkosten bei einer nach dem SGB II oder SGB XII angemessenen Wohnung nicht geprüft.

Außerdem soll bei einem nicht notwendigen Wohnungswechsel als Angemessenheitsgrenze für die neue Wohnung nur die bisherige Gesamtmiete der alten Wohnung gelten, selbst wenn die neue Miete nach den allgemeinen Kriterien des SGB II angemessen wäre. Beispiel: Die Gesamtmiete für die alte Wohnung betrug 300,00 Euro für eine Person. Die neue Wohnung soll ca. 400,00 Euro kosten und ist damit noch angemessen. Das Jobcenter würde nur noch 300,00 Euro anerkennen. Ein Wohnungswechsel wäre praktisch unmöglich, weil die Definition „Notwendigkeit" eine Auslegungssache des Jobcenters ist.

(Archie)

Aus dem Programm der Sozialen Liste Bochum:

Wohnen als Grundrecht

Wohnen ist ein Grundrecht. Jeder Mensch, jedes Paar, jede Familie und jede Wohngemeinschaft muss eine den eigenen Bedürfnissen entsprechende Wohnung erhalten und diese auch bezahlen können.

Hohe Mieten dürfen nicht zur Armutsfalle werden. Wir fordern daher den Stopp der Vernichtung von preiswerten Wohnungen und keinen profitorientierten Verkauf an „Investoren" oder Investmentgesellschaften („Heuschrecken").

Damit Wohnraum bezahlbarer wird, fordern wir den Erhalt des vorhandenen und die Schaffung von neuem kommunalem Wohnungseigentum. Dazu soll ein städtisches soziales Wohnbau-Programm aufgelegt werden, das u.a. auch die Ergebnisse der Sozialberichte 2008 und 2012 berücksichtigt. Zweckentfremdung und Leerstand von Wohnraum muss konsequent verhindert werden. Die Soziale Liste fordert deshalb die Anwendung der gesetzlichen Mittel sowie die Schaffung einer „Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in der Stadt Bochum".

Ebenso ist Mietwucher konsequent zu verfolgen. Städtische und halbstädtische Wohnungsgesellschaften wie z. B. die VBW sind daraufhin zu kontrollieren, dass sie bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Wir wollen auch eine aktive Bekämpfung der Obdachlosigkeit in unserer Stadt unter Einbeziehung der Obdachlosenorganisationen.

Die Bevorzugung von Wohlhabenden und Reichen bei der Bereitstellung von Wohnraum oder Bauland durch die Stadt Bochum lehnen wir ab.

Initiativen für den Stadtteil:

In Gerthe „tut" sich was!



Helgard Althoff

Zum Gerther Markt:
Das starke Engagement der wenigen restlichen Markthändler für Gerthe, die an diesem Standort festhalten wollten, zahlt sich bereits aus.

Nachdem die Stadt Bochum den Markt aufgegeben hatte, haben sich die Händler zu einer Gemeinschaft für den Markt Gerthe zusammengeschlossen. Unter dieser Händlerregie hat sich innerhalb kurzer Zeit der Markt zu einem offenen attraktiven Platz für Händler*innen und Besucher*innen verwandelt, eben zu einem richtigen Marktplatz mit dem Potenzial für kleinere Stadtteilevents an den Verkaufstagen.

Es wäre schön, wenn das Engagement der Markthändler*innen frühere Kund*innen und Händler*innen zurückbringen würde und die Gerther*innen mit

Fortsetzung Seite 3, 1. Spalte

ihren Einkäufen zum Erhalt und zur Belebung des Marktes beitragen würden.

Seniorenbüro:
Die Angebote und Anregungen durch das Senior*innenbüro Nord werden mit Begeisterung durch die ältere Generation angenommen. Besonders beliebt sind die regelmäßigen Wanderungen über 7 bis 10 km rund um Gerthe. Zweimal im Monat werden auch größere Wandertouren zu Nachbargemeinden/Städten organisiert.

Dafür werden Fahrgemeinschaften gebildet, um weiter entfernte Ziele zu erreichen um dort zu starten. Die sehr gut ausgearbeiteten Routen durch Ehrenamtliche und ihre Berichte zu den Sehenswürdigkeiten an der Strekke sowie über die Vergangenheit aus Bergbau- und Stadtgeschichte lassen die Zeit im Flug vergehen und sorgen immer wieder für Begeisterung bei allen Teilnehmer*innen.

Bei diesen Wanderungen werden nicht nur alte Bekanntschaften aufgefrischt, sondern auch neue Bekanntschaften finden sich. Beim beliebten abschließenden Kaffeetrinken werden in lebhaften Gesprächen Eindrücke und eigene Erinnerungen, oft aus Kindertagen, vertieft und ausgetauscht.

Erhalt des Verwaltungsgebäudes des Lothringen
Zahlreiche Bürger*innen trafen sich im Kulturrat um gemeinsam eine Strategie zu entwickeln wie ein drohender Abriss des historischen Gebäudes verhindert werden kann und welche Möglichkeiten bestehen dieses Gebäude neu zu nutzen.

Seit Jahren steht das Verwaltungsgebäude auf dem ehemaligen Gebiet der Zeche Lothringen und Konzepte der EGR heutige WEG zum Erhalt des Gebäudes scheiterten. Ein hervorragender Vortrag von Herrn Gans über die Historie des Gebäudes und dessen kulturellen Wert für Gerthe, Bochum und die gesamte Region machte nochmals deutlich, um welchen einzigartigen historischen Schatz es geht, an dem namhafte Architekten beteiligt waren.

Das bei einem Abbruch frei werdende Gelände hat schon große Begehrlichkeiten bei Gewerbetreibenden z. B. Entex Rust & Mitschke GmbH oder dem Discounter Aldi geweckt. Das Resümee an diesem Abend war, die Initiative sowie ihre Ziele durch Informationsstände in Gerthe bekannt zu machen und dadurch zu stärken.

Eine Unterschriftensammlung soll Klarheit schaffen, wie groß der Rückhalt in der Gerther Bevölkerung für dieses Projekt ist. Außerdem wird versucht mehr über die Grundflächengestaltung des Gebäudes heraus zu finden. Beim nächsten Treffen werden weitere Schritte überlegt.

(Helgard Althoff)

Rechte Zelle :

Nazis in U-Haft

Sieben Personen aus der sächsischen Naziszene sind festgenommen worden und sitzen in U-Haft. Sie gelten als Mitglieder einer rechten Nazizelle und sollen Überfälle und Anschläge gegen Flüchtlinge und Linke verübt haben.

Von Stadträtin Elke Kahr (KPÖ):

Kommunale Wohnungen: Die Vorteile für die Wohnungs- und Sozialpolitik aus Sicht der Stadt Graz

Im vergangenen Jahr konnten einige Vertreter der Sozialen Liste Bochum in der östereichischen Stadt Graz die dortige Kommunalpolitik studieren. Interessante Einblicke gab es dabei in das Thema Wohnungspolitik. Wir baten daher die für diesen Bereich zuständige Stadträtin, Elke Kahr, um eine Darstellung ihrer Erfahrungen und ihrer Arbeit in unserer Zeitung.



Stadträtin Elke Kahr (Bildquelle: Stadt Graz/Fischer)

I: Zahlen

Graz, eine Stadt mit 282.000 Einwohnern mit Hauptwohnsitz hat das Einweisungsrecht in rund 11.000 Wohnungen. Davon 4.200 befinden sich im Eigentum der Stadt und werden auch von der städtischen Wohnhausverwaltung verwaltet. 6.800 Wohnungen wurden von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften auf von der Kommune bereits aufgeschlossen bereitgestellten Grundstücken mit Hilfe von Wohnbauförderungsmitteln des Landes Steiermark errichtet, verwaltet und fallen nach Rückzahlung der Fördermittel ebenfalls in das Eigentum der Stadt.

II: Einige Schwerpunkte

a) Mietkosten

Auf die Höhe der Mieten in den 6.800 Genossenschaftswohnungen hat die Stadt keinen Einfluss. Sie richten sich nach den jeweiligen Förderungen, sind aber mit einigen Ausnahmen (sog. Annuitätensprünge) deutlich niedriger als die Mieten für Wohnungen auf dem sogenannten freien Markt.

Unter Stadtrat Ernest Kaltenegger (KPÖ) wurden die Mieten für die 4.200 stadteigenen Wohnungen deutlich reduziert und liegen seither rund 40% unter dem für die Steiermark zulässigen Richtwert. Derzeit beläuft sich die Nettomiete für eine Kategorie A (Bad, WC, Zentralheizung)-Wohnung auf 4,23 Euro/m². Für Kat B (keine Zentralheizung) stehen 3,13 Euro/m², für Kat C (keine Zentralheizung, kein zeitgemäßes Bad) 2,06 Euro/m² zu Buche. Dazu kommen Steuer, Betriebs- und Heizkosten.

b) städtische Mietzinszuzahlung

Das Mietzinszuzahlungsmodell des Grazer Wohnungsamtes garantiert, dass kein(e) MieterIn einer der 11.000 Gemeindewohnungen mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens für Miete, Betriebskosten und Heizung aufbringen muss. Verringert sich beispielsweise das Familieneinkommen durch Arbeitslosigkeit, Pensionierung oder Krankheit und machen daher die Wohnungskosten mehr als ein Drittel des Einkommens aus, übernimmt das Wohnungsamt die Differenz. Die Mietzinszuzahlung gewinnt immer mehr an Bedeutung, da die allgemeine Wohnbeihilfe des Landes Steiermark durch massive Kürzungen und Nichtanhebung der Einkommensgrenzen für immer weniger MieterInnen in Frage kommt. So liegt ein Paar mit Mindestpension(!) bereits über der für die Gewährung einer Wohnbeihilfe maßgeblichen Einkommensgrenze.

c) Verwaltung

Im Unterschied zu privaten, aber auch genossenschaftlichen Hausverwaltungen, wo auf einen Verwalter mehrere tausend Objekte kommen, verwaltet ein städtischer Hausverwalter maximal 600 Wohnungen. Das bedeutet, dass unsere Hausverwalter für jede(n) MieterIn mehr Zeit für die Betreuung aufwenden kann. Gemessen an der Tatsache, dass in Gemeindewohnungen überdurchschnittlich viele Personen mit finanziellen und/oder persönlichen/gesundheitlichen Problemen leben, relativiert sich diese vermeintliche Unwirtschaftlichkeit rasch. Dem städtischen Wohnungsamt gelingt es, entgegen der Entwicklung auf dem privaten Wohnungsmarkt, die Zahl der Delogierungen konstant niedrig zu halten und verhindert daher das Sozialbudget belastende Folgekosten von Delogierungen und der damit verbundenen Obdachlosigkeit von Einzelpersonen und insbesondere Familien.

d) Sanierungen, Neubau

„Ein Bad für jede Gemeindewohnung" setzte sich seinerzeit Ernest Kaltenegger zum Ziel. Was er begann, konnte nun zum Abschluss gebracht werden: Im Gemeindebau gibt es so gut wie keine Substandardwohnungen mehr. Mit Fördermitteln des Landes Steiermark wurden mehrere Dutzend städtischer Wohnhäuser umfassend saniert und damit mehr als tausend Wohnungen mit Fernwärmeanschlüssen, zeitgemäßen Nasszellen und gegebenenfalls auch mit Lärmschutzfenstern, Liften und Balkonen ausgestattet.

Betreffend Neubau von Gemeindewohnungen in Zusammenarbeit mit Wohnbaugenossenschaften (siehe oben I: Zahlen) wurde vom Wohnungsamt erstmals eine Studie „Besondere Anforderungen an den modernen kommunalen Wohnbau" in Auftrag gegeben auf deren Basis das Objekt Floßlendstraße verwirklicht wurde.

Siehe http://www.graz.at/cms/beitrag/10215820/763239/

III: (Politische) Herausforderungen

a) Schutz der Gemeindewohnungen vor drohender Privatisierung

Bereits 2004 initiierte die KPÖ Graz eine Volksbefragung nach dem Volksrechtegesetz zum Thema: Soll es zur Ausgliederung bzw. Privatisierung der Grazer Gemeindewohnungen kommen?

95% der abgegebenen Stimmen lauteten auf „Nein". Damit wurde den Begehrlichkeiten insbesondere der ÖVP, die Grazer Gemeindewohnungen zu privatisieren eine deutliche Absage erteilt. Das Wohnungsamt wurde mittlerweile zwar in einen städtischen Eigenbetrieb überführt, das Eigentum an den Wohnungen hält aber immer noch die Stadt. Sie bilden dank ihrer günstigen Mieten ein zwar verhältnismäßig kleines, aber wirksames Korrektiv zu den überteuerten Wohnungen auf dem sogenannten freien Markt.

b) Grundstücksvorsorge, Neubau

In der letzten Funktionsperiode des Grazer Gemeinderates (2008 – 2013) stimmte die KPÖ dem Regierungsübereinkommen zwischen ÖVP und Grünen im Bereich Wohnen mit der Bedingung zu, dass Grundstücke für 500 Wohnungen (Wohnbaupaket I) bereitgestellt werden.

In der laufenden Funktionsperiode hat die KPÖ einem Doppelbudget für 2015/2016 unter anderem mit der Bedingung zugestimmt, dass Grundstücke für weitere 500 Wohnungen (Wohnbaupaket II) angekauft werden. Diese Vereinbarungen wurden und werden eingehalten, 500 Wohnungen aus dem Wohnbaupaket I sind errichtet, Grundstükke für das Wohnbaupaket II bereitgestellt.

c) Zweckwidmung und Aufstockung der Wohnbauförderungsgelder

Nicht im Verantwortungsbereich der Kommune, aber umso wichtiger ist der Einsatz für eine bestimmungsgemäße Verwendung der Gelder, die unselbständig Erwerbstätigen vom Bruttolohn (1%) unter dem Titel „Wohnbauförderungsbeitrag abgezogen werden. Inzwischen hauptsächlich zum Stopfen von Budgetlöchern des Landes Steiermark verwendet, steht so für den sozialen Wohnbau immer weniger Geld zur Verfügung.

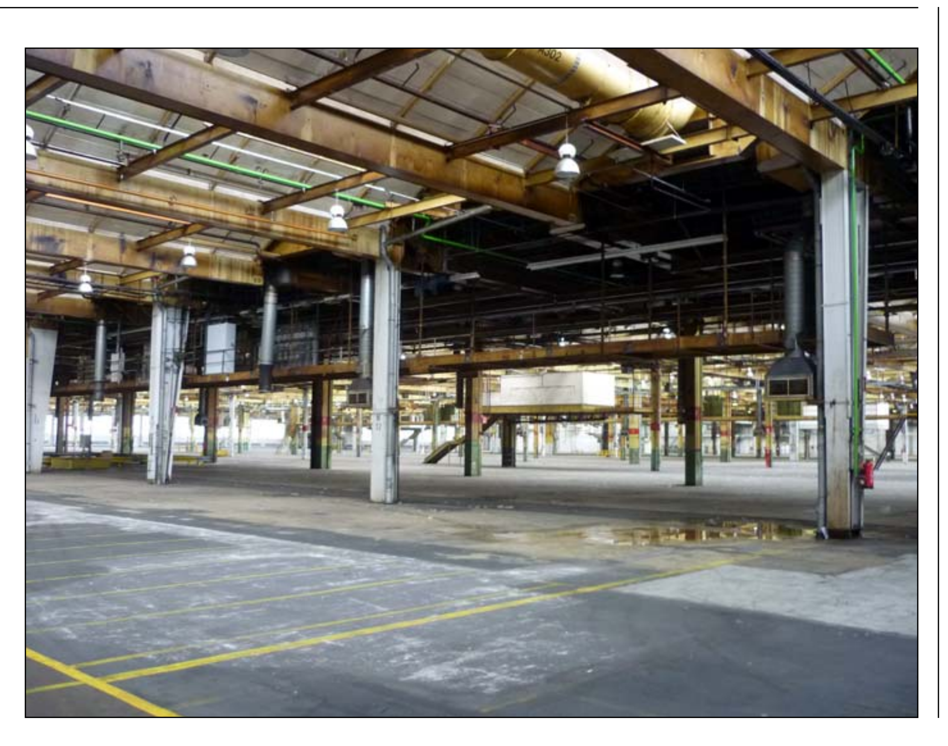
d) Ermittlung des Wohnungsleerstandes

Schätzungen zufolge stehen in Graz mehrere tausend Wohnungen leer. Diese dem Markt – zu vernünftigen Preisen – zuzuführen, zählt zu den wichtigsten Zielen einer fortschrittlichen Wohnungspolitik. Grundlage für dieses Vorhaben ist eine seriöse Ermittlung des Leerstandes.



Nach monatelangen Stillstand soll der Abriss der Werkhallen von Opel in Laer wieder aufgenommen werden. Doch obwohl in den Medien Wirtschaftsverbände immer wieder die fehlenden Flächen zur Ansiedlung beklagen, gibt es kein Interesse an den Opelflächen.

Bisher will nur das Postunternehmen DHL in Laer ein Paket-Logistikcenter (300 bis 500 Arbeitsplätze) bauen.



Besuchen Sie uns: soziale-liste-bochum.de

Hartz IV:

Jeder dritte Widerspruch erfolgreich

Mehr als jeder dritte Hartz-IV-Empfänger, der gegen vom Job-Center verhängte Sanktionen Widerspruch einlegt oder klagt, bekommt Recht. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage hervor, die kürzlich veröffentlicht wurde.

Demnach wurde im vergangenen Jahr rund 18.600 Widersprüchen in rund 51.000 Fällen ganz oder teilweise stattgegeben. Bei den 5.867 Fällen, die 2015 vor Gericht landeten, waren 2.325 Betroffene erfolgreich. Diese Zahlen sind eine Bestätigung für die Forderung Strafen und Leistungsversagung für Hartz-IV-Empfänger*innen abzuschaffen. Die Zahlen zeigen, die Sanktionspraxis ist in hohem Maße rechtswidrig.

Verein „Sanktionsfrei“:

Aktiv gegen falsche Bescheide

Der Verein „Sanktionsfrei”, dem es gelungen ist 95.000 Euro zu sammeln, startet mit anwaltlicher Beratung und weiterer Unterstützung für Hartz-IV-Bezieher*innen, damit diese sich gegen Sanktionen zur Wehr setzen können.

JobCenter begehen ständig Unrecht. Nach einer Statistik des Berliner Arbeitslosenzentrums sind insgesamt 40 Prozent aller vom Jobcenter verschickten „Sanktionsbescheide“ rechtswidrig. Dadurch werden Menschen unverantwortlich in Armut gestürzt. Der Verein arbeitet mit Anwaltskanzleien zusammen, die gute Erfolgsquoten haben, um das Recht der Betroffenen durchzusetzen.

Mit der Internetplattform „sanktionsfrei.de” möchte der Verein Erwerbslose in die Lage versetzen, diese gesellschaftlich relevanten Klagen durchzuführen und dem Recht Geltung zu verschaffen. Auch eine Aufstockung des durch das JobCenter gekürzten Hartz-IV-Betrages als Darlehen ist möglich, damit sich die Betroffenen voll auf ihre Klage konzentrieren können. Folgende Vorgehensweise wird vom Verein bei Gegenwehr empfohlen: Der Sanktionsbescheid kann abfotografiert werden und dem Verein online zugeschickt werden. Dann werden Handlungsempfehlungen gegeben, ob sich ein Widerspruch lohnt. Die Klienten können über den Verein – in Zusammenarbeit mit den Anwälten – ihren Rechtsanspruch geltend machen und sicher sein, dass entsprechende Schreiben beim Jobcenter ankommen.

Infos: www „sanktionsfrei.de”

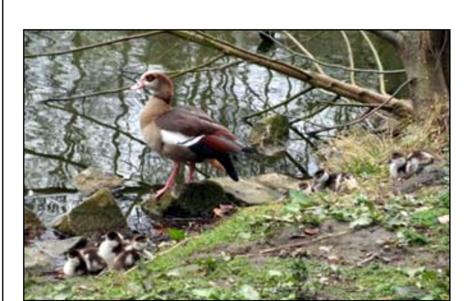
(EbE)

Der Wandertipp:

Hiltroper Park, Gysenberger Wald und Langeloh

Ulrich Achenbach

Was viele nicht vermuten: Auch im Ruhrgebiet kann man sehr gut wandern. Das bewies die Soziale Liste bei ihrer Wanderung Anfang April. Startpunkt war die „Kitschbude“ an der Haltestelle (308/318) Heinrichstr. am Castroper Hellweg in Bochum-Gerthe.

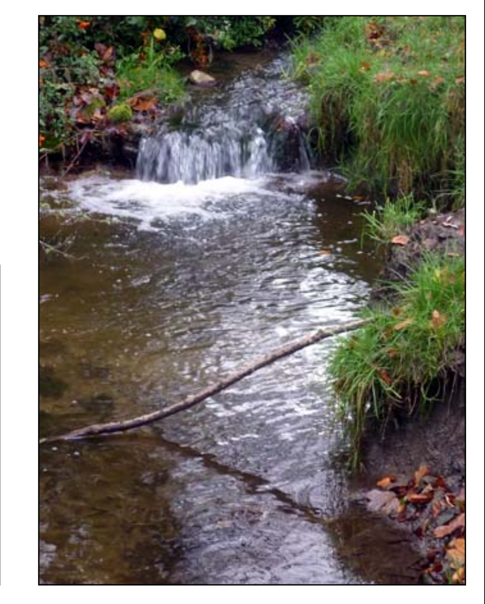


Von dort ging es durch das Hiltroper Bachtal bzw. dem Hiltroper Park vorbei an einem Teich (uns begrüßte dort eine Rauchgans mit sieben Küken).

Es ging dann weiter durch den Gysenberger Wald und über Feldwege bis zum schönen Naturschutzgebiet Langeloh, von dort durch den Erinpark (benannt nach der ehemaligen Schachtanlage Erin) in Castrop-Rauxel.

In der Castroper Altstadt fand die Wanderung ihren Ausklang in einem gemütlichen Restaurant. Zurück ging es mit dem Bus. (Diese Wanderung ist diesmal auch unser Ausflugstipp.)





Sorgen für Ärger:

Neue Rundfunkgebühren

Die neuen Regelungen für Rundfunkgebühren sorgen für großen Ärger. Das machen zahlreiche Zuschriften und Meinungsäußerungen deutlich, die bei uns eingegangen sind.

Aus der früheren GEZ ist jetzt der „Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio” geworden. Der Service besteht jetzt darin mit Mahnungen und Drohungen das Geld einzufordern. Zentrale Bestimmung für die Rundfunkgebühren ist: Wer nachweislich keine Rundfunkgeräte nutzt, kann sich nicht befreien lassen. „Pro Wohnung ist ein Beitrag zu zahlen, unabhängig davon, ob und welche Rundfunkgeräte vorhanden sind.”

Die Soziale Liste wird mit einer Ratsanfrage die Einbeziehung der Stadt Bochum in das System erfragen. In unserer nächsten Ausgabe der Zeitung werden wir über die weitere Entwicklung berichten und bitten um Zuschriften zu diesem Thema.

(Font./sing)

Flüchtlingsheime:

2016 schon 270 Angriffe

In den ersten drei Monaten dieses Jahres hat es nach Angaben des Bundeskriminalamts bereits 268 Angriffe auf Flüchtlingsheime in Deutschland gegeben.

In 244 Fällen seien die Täter*innen dem rechts motivierten Spektrum zuzuordnen, teilte eine BKA-Sprecherin kürzlich mit.

Bei 24 Delikten könne ein politischer Hintergrund noch nicht sicher ausgeschlossen werden. Überwiegend handelte es sich nach BKA-Angaben um Gewaltdelikte (53 Fälle), Sachbeschädigungen (103 Fälle) und Propagandadelikte (69 Fälle). Im ersten Quartal gab es demnach zudem 29 Brandstiftungen, zwei Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz und in einem Fall das Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion.



Telefon:

0234 - 910 1047

IHR RATSMITGLIED GÜNTER GLEISING STEHT FÜR FRAGEN, MEINUNGEN, HILFE, EINSICHTNAHME IN RATSUNTERLAGEN U. Ä. ZUR VERFÜGUNG. EINFACH ANRUFEN.

Gemeinsamer Antrag:

CDU kooperiert mit der AfD

Im März erklärte der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet noch, dass jegliche Zusammenarbeit der CDU mit der AfD ausgeschlossen ist.

Christian Hardt, CDU-Landtagsabgeordneter und Fraktionschef in Bochum sieht das offensichtlich ganz anders.


CDU-Ratsfraktion
Fraktion "FDP & DIE STADTGESTALTER" im Rat
UWG-Ratsfraktion
AfD-Fraktion
Freie Burger im Rat

ürgermeister
kirch

15.03.20

santrag zur Sitzung des Rates am 1
einer/eines Beigeordneten (Stadträti

Im Streit um den für die CDU reklamierten Posten des Rechtsdezernenten waren Hardt und seine Fraktion bereit die Zusammenarbeit mit der AfD zu suchen. Gemeinsam stellten CDU, FDP, UWG und Freie Bürger einen gemeinsamen Antrag um die Wahl des „Beigeordneten für Personal, Recht und Ordnung” zu verhindern. Aber auch mit der AFD scheiterte das Vorhaben.

Arabische Länder:

Krieg und Terror

Krieg und Terror in den arabischen Ländern war das aktuelle Thema bei einem Treffen der Sozialen Liste Bochum. Der Bochumer Orientalist, Holger Brune M.A. erklärte die Hintergründe und Folgen des arabischen Frühlings.

Die ganze Region ist seit der Arabellion flächendeckend destabilisiert und es scheint für die Zukunft keinen Marshallplan zu geben. Brune konzentrierte sich bei seiner PowerPoint Präsentation auch auf die Unterschiede zwischen Sunniten und Schiiten und den Stellvertreterkrieg ihrer Förderer aus der Golfregion, welche eifrig Waffen aus dem Westen einkaufen.

Der politische Islam wurde durch die starke Rezeption der Reformtheologen Afghani, Abduh, Riza, Maududi und durch die einflussreiche Muslimbruderschaft in den Kontext zum Imperialismus des 19. und 20. Jahrhundert gestellt. Salafismus und politischer Islam, sowie der Terrorismus und NATO und CIA Operationen gaben eine gute Grundlage zur anschließenden Diskussion, die deutlich zeigte, wie vielschichtig der Konflikt besonders in Syrien und Libyien geworden ist.

(HB)

SOZIALE LISTE BOCHUM

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer_innen und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten könnten. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der „Steuerreform” immer weniger Steuern zahlen, weil sie gleichzeitig immer mehr Menschen arbeitslos machen.
Wir treten für ein lebens- und liebenswertes, ein menschliches und solidarisches Bochum ein. Konsequent und unbestechlich wollen wir den Interessen der kleinen Leute Gehör verschaffen. Im Gegensatz zu anderen Parteien erhalten wir keine Zuwendungen von Unternehmen oder reichen Mäzenen. Dennoch benötigen auch wir Geld, um unsere Positionen bekannt zu machen, um Flugblätter und Veranstaltungen zu finanzieren. Jede auch noch so kleine Spende ist willkommen:

Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G.,
IBAN: DE12 4306 0967 4008 9169 00
BIC: GENODEM1GLS

Ich brauche...

- ❍ Hilfe bei Behördengängen, bei Fragen zur Miete, Beratung zu ALG II.
- ❍ Informationen über die Soziale Liste Bochum.
- ❍ Einladungen zu Veranstaltungen.

Name: ____________________

Straße: ____________________

PLZ,Ort: ____________________

Tel.: ____________________

Herausgeberin:

Soziale Liste Bochum, Vorstand und Soziale Liste im Rat

V.i.S.d.P.:
Günter Gleising, Soziale Liste, Willy-Brandt-Platz 2-6, 44777 Bochum.
Druck: Kieldruck GmbH, Kiel
E-Mail:
SozialeListeImRat@bochum.de
oder
info@soziale-liste-bochum.de
Internet: www.soziale-liste-bochum.de
Telefon: 0234 - 910 10 47
Fax: 0234 - 910 10 48